

Berlin

NACHRICHTEN

Radarkontrolle im Wedding: Jeder Fünfte zu schnell

Ernüchternde Bilanz einer Radarkontrolle am Sonnabend im Wedding: Von 2089 Fahrzeugen, die in der Badstraße in einer 30er-Zone gemessen wurden, waren 419 zu schnell – also jeder Fünfte. Spitzenreiter war nach Polizeiangaben ein 35-Jähriger, der mit 87 Stundenkilometern fast dreimal so schnell unterwegs war wie erlaubt. Er muss sich nun auf ein Bußgeld von mindestens 280 Euro, zwei Punkte in der Verkehrssünderdatei in Flensburg und ein zweimonatiges Fahrverbot einstellen. (dpa)

Mann bedroht Passanten in Lichtenberg mit Messer

Ein womöglich psychisch kranker Mann soll in Lichtenberg mehrere Menschen mit einem Messer bedroht haben. Laut Polizei riefen Zeugen die Beamten am Sonnabend zum Anton-Saefkow-Platz und erzählten, ein aggressiver Mann habe einen Mülleimer von einer Straßenlaterne gerissen und anschließend ein Messer gezückt. Der 39-Jährige, den die Polizei in der Nähe antraf, räumte die Sachbeschädigung ein, stritt die Bedrohungen jedoch ab. In seiner Tasche fanden Polizisten zwei Messer. Aufgrund seines psychischen Zustands wurde der Mann stationär in einem Krankenhaus aufgenommen. (dpa)

Wiezorek gewinnt Wahl in Königs Wusterhausen

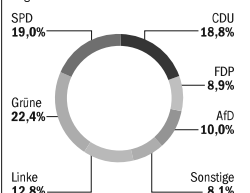
Die neue Bürgermeisterin von Königs Wusterhausen heißt Michaela Wiezorek. Die Kandidatin des Bündnisses 21 erhielt am Sonntagabend nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis 52,6 Prozent der abgegebenen Stimmen, wie Wahlleiterin Dana Zellner mitteilte. Der Kandidat für die Freie Unabhängige Wählergemeinschaft Königs Wusterhausen (FWKW), der im März abgewählte Bürgermeister Sven Ennullat, kam auf 33,3 Prozent. Patrick Franke, der für Die Partei antrat, kam auf 8,8 Prozent der Wählerstimmen, Birgit Uhlworm, Kandidatin für die Unabhängige Frauenliste, konnte 5,3 Prozent auf sich vereinen. (dpa)

Grüne liegen weiter vor SPD und CDU

Knapp drei Monate vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus liegen die Grünen weiter vorn. Momentan kämen sie auf 22,4 Prozent, wie aus einer am Sonntag veröffentlichten repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Civey im Auftrag des Tagesspiegels hervorgeht. Auf Rang zwei folgt die SPD mit 19,0 Prozent knapp vor der CDU, die auf 18,8 Prozent käme. Auf die Linke entfallen 12,8 Prozent der Stimmen. Dahinter rangieren AfD (10,0 Prozent) und FDP (8,9 Prozent). (dpa)

Sonntagsfrage Berlin

„Wenn am nächsten Sonntag Abgeordnetenhauswahl wäre“



BILD/GALANTY; QUELLE: CIVEY



Gefährliche Hindernisse oder ein Beitrag zur Mobilitätswende? Abgestellte E-Scooter in Berlin.

MAGO/DIRK SÄTLER

Kampf um die Straßen

Die Sharing-Branche droht mit Klagen gegen die von Rot-Rot-Grün geplante Regulierung

PETER NEUMANN

Kristian Ronneburg wollte den Dialog fördern, für ein Miteinander werben – den Streit um falsch abgestellte Elektro-Tretroller, Mieträder und Carsharing-Autos in andere Bahnen lenken. Doch bei dem Fachgespräch zur geplanten Regulierung des Mietfahrzeugmarkts, zu dem der Linke-Abgeordnete eingeladen hatte, konnten die Fronten nicht aufgeweicht werden. Roland Stimpel vom Fachverband Fußverkehr Deutschlands, kurz FUSS, kritisierte die „skrupellose Dummheit und Asozialität“ vieler E-Scooter-Nutzer. Er bekräftigte seine Forderung nach strengen Einschränkungen, damit Gehwege nicht länger zur „Resterampe“ für abgestellte Mietfahrzeuge verkommen.

Vertreter der Sharing-Branche entgegneten, wie wichtig ihre Angebote für die angestrebte Mobilitätswende seien. Erstmals wurde bekannt, dass das heikle Thema möglicherweise auch vor Gericht landen könnte. Für den Fall, dass das Berliner Straßengesetz wie geplant novelliert wird, würden rechtliche Schritte geprüft, hieß es.

Gebühren für Sondernutzung?

Wenn es bei der angekündigten Gesetzesänderung bleibe, „werden wir uns wehren“, sagte Michael Fischer, der beim Berliner Branchenverband Plattform Shared Mobility (PSM) die Carsharing-Anbieter vertritt. Ins Detail ging er nicht, doch nach Informationen der Berliner Zeitung wird eine Klage für den Fall geprüft, dass die Novellierung tatsächlich verabschiedet wird.

Der Branchenvertreter zeigte sich zuversichtlich, dass die gerichtliche Auseinandersetzung mit einem Sieg aufseiten der Branche werde. Gutachten gäben „unserer grundsätzlichen Sicht bislang Recht“, so Fischer, der auch Sprecher von WeShare ist. Das Unternehmen, das der Volkswagen-Gruppe angehört, betreibt in Berlin Carsharing mit 1500 Elektroautos. Wie berichtet sieht die Gesetzesänderung vor, dass das Aufstellen von Mietfahrzeugen in Berlin anders als heute künftig als Sondernutzung der Straße eingestuft wird. Dann sei dafür eine Erlaubnis erforderlich, wobei Genehmigungen

nach einem Auswahlverfahren nur einem Unternehmen vorbehalten bleiben können. Das hieße: Wer die Ausschreibung nicht gewinnt, muss die Stadt verlassen. Damit nicht genug: In Zukunft kann die Zahl der Fahrzeuge beschränkt werden, und nicht zuletzt dürfen Gebühren für die Sondernutzung kassiert werden – so der Plan, den die rot-rot-grüne Koalition in Berlin vorantreibt.

Von der Branche beauftragte Juristen halten die Anpassung des Berliner Straßengesetzes für rechtswidrig – noch mehr: für verfassungswidrig. So sei das Land Berlin für dieses Thema gar nicht zuständig, was gegen die Kompetenzordnung im Grundgesetz verstöße,

der Sache, sagte der Jurist. „Nicht das Parken, sondern das Anbieten ist vorrangig.“ Er erinnerte daran, dass andere Städte bereits Einschränkungen verfügt hätten oder diese planten. Mailand hat E-Scooter bereits verbannt, in Wien seien restriktive Vorschriften in Kraft, berichtete Hiby. Die Stadt Paris wiederum überlege, den Anbietern der elektrischen Tretroller die Lizenzen zu entziehen, weil die Vehikel kreuz und quer abgestellt würden.

„Das Grundrecht der Berufsfreiheit dürfe nicht höher eingestuft werden als das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit“, mahnte Manuela Myszka, die stellvertretende Vorsitzende des Allge-

dernung“ müsse beendet werden.

Wenn die Vehikel nicht an Mietstationen auf den Fahrbahnen abgestellt werden, sollten sie künftig umgehend auf den Schrottplatz kommen, verlangte Stimpel. Heiner von Marschall vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) schlug vor, an jeder Kreuzung mindestens einen Parkplatz zu einer Abstellfläche für Sharing-Vehikel umzuwidmen – diese Idee hatte am Donnerstag auch Grünen-Fraktionschefin Antje Kapek ins Spiel gebracht.

Gute Sharing-Systeme könnten dazu beitragen, den Umstieg vom Auto auf andere Fortbewegungsarten zu erleichtern, sagte der VCD-Landeschef. Doch statt in der Innenstadt sollten sie dort angeboten werden, wo sich der Pkw-Besitz hält: in den Berliner Außenbezirken. Der Linke-Abgeordnete Ronneburg brachte erneut seinen Vorschlag ins Spiel, die Aufstellung von E-Scootern, Mieträdern und anderen Fahrzeugen dieser Art öffentlich auszuweisen. Dann könnte das Land Berlin mit Zuschüssen geteilte Mobilität auch dort ermöglichen, wo die Anbieter dies derzeit wegen fehlender Gewinnchancen ablehnen.

Anhörung im Abgeordnetenhaus

„In bestimmten Berliner Gegenden werden wir um Ausschreibungen nicht herumkommen“, pflichtete Branchenvertreter Michael Fischer bei. Endlich mal ein Gleichklang bei der sonst kontroversen Diskussion. Der WeShare-Mann bekräftigte, dass die Anbieter mit dem Senat in einer Dialog treten wollen – was bislang nicht möglich gewesen sei.

Anfang August 2021 soll weiter debattiert werden, im Berliner Landparlament. „Dann wird es im Abgeordnetenhaus eine Anhörung zur Änderung des Straßengesetzes geben“, sagte Kristian Ronneburg. „Wir haben ein Interesse daran, dass es ein Miteinander wird. Der Markt soll nicht reguliert werden.“ Doch klar sei auch: Auf Berlins Straßen müssen Flächen anders verteilt werden.



JETZT HÖREN AUF BERLINER-ZEITUNG.DE



STADTBILD

Eiswürfel im Mund

BARBARA WEITZEL

Restaurant. Lokal. Pizzeria. Kneipe. Café. Imbiss. Bar. Brasserie. Gaststätte. Der Magen vergisst das Knurren, wenn er diese Begriffe hört. Speisekarten entblättern sich und man meint das leise „Pluck“ des Korkens zu hören. Lese ich hingegen das Wort „Außergastronomie“, brauche ich zuerst einen Kaffee, um nicht einzuschlafen, dann einen Eimer Wasser, weil er so trocken ist, und dann einen Whiskey. Ohne Eis. Für Frost sorgt der Klang. Geschirr spülen muss man bestimmt auch nicht in der „Außergastronomie“. Da wird nichts schmutzig. Keinfreies Speisen, so lautet das Gebot.

Wir haben unsere Sprache desinfiliziert. Entsinntlicht. Früher war „Außergastronomie“ ein Wort für Behördenbeschreiben. Es sieht aus wie ein grauer Umschlag. Nur ohne Fenster. Undurchschaubar wie das Gesetzbuch, in dem es auch vorkommt. Neuerdings gibt es auch Paragrafen für Kontakte. Zu denen haben wir unsere Freunde und Familien gemacht, sprachlich gesehen. Aus meinem Zuhause ist ein „Haushalt“ geworden. Keiner, den ich zu pflegen und führen habe. Sondern einer, der gezählt wird. Registriert. Noch lange werden Kinder nicht einfach zur Schule gehen, sondern „Präsenzunterricht“ erhalten. Diese Sprache blüht wie das Untersuchungsbesteck einer HNO-Ärztin, und genauso fürchtenteufelnd ist ihr Glanz. Sie macht frösteln. Klappert gegen die Zähne wie Eiswürfel.

Vielleicht sollten wir als nächstes die Sprache impfen, damit wir bald nicht nur noch den Begriff „Immunsierung“ kennen. Die Unworte 2020 und 2021 kommen ganz harmlos daher, sind jedoch, ohne eigenes Verschulden, gefährliche Täter. Wegen ihrer alltäglichen Maskierung (sic!) und weil sie die ursprüngliche Bedeutung auf dem Gewissen haben. Ihre eigene. Beihilfe zum Suizid? Nein. Nicht die Wörter haben stumm zugehört, sondern wir. Unaufhörlich aufsaugend und plappend.

Wie für so vieles wäre diese Zeit eine Chance gewesen, eine neue Sprache zu erfinden. Eine neue Sprache für eine neue, vorübergehende Zeit. Nicht nur ein paar Begriffe, auch noch geliehen von anderen Ländern. Eine komplette Sprache, die man archivieren kann, wenn man sie nicht mehr braucht. Eine Sprache für das Museum, für die Archive und Gruselkabinette. Für die Waffenkammern. Oder für die neue Welle. Noch so ein Opfer, ein besonders trauriges. Zu beklagen am Tresen einer Strandbar, die womöglich einsam genug lag, um verschont zu bleiben.



Früher war „Außergastronomie“ ein Wort für Behördenbeschreiben. MAGO